

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 4 (1957)
Heft: 4

Artikel: Bevölkerungsschutz in Deutschland
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-364861>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und die guten Dienste des Roten Kreuzes und des Samariterbundes zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig erhielten die Vertrauenspersonen den Auftrag, gegenüber den Zivilschutzstellen die Bedürfnisse und Anliegen der Freiwilligen Sanitätshilfe, also des Armeesanitätsdienstes, zu vertreten, indem für die Freiwillige Sanitätshilfe vorerst diejenigen Freiwilligen gewonnen werden sollen, die sich für eine unbedingte, d. h. örtlich und zeitlich nicht gebundene Dienstleistung zur Verfügung stellen. Bis Ende des letzten Jahres waren in rund 400 schweizerischen Gemeinden Vertrauenspersonen des Schweizerischen Roten Kreuzes ernannt. Diese Vertrauenspersonen wurden über ihre Aufgaben schriftlich und teilweise auch mündlich an kantonalen Zusammenkünften orientiert.

Schweizerischer Samariterbund

In Montreux fand unter dem Vorsitz von Zentralpräsident P. Hertig (Freiburg) die 69. Abgeordnetenversammlung des Schweiz. Samariterbundes statt, an der über tausend Samariterinnen und Samariter aus allen Landesteilen teilnahmen. Den Samaritervereinen wurde nahegelegt, sich im Rahmen der *Mitarbeit an den Aufgaben des Zivilschutzes* für die Durchführung von Kursen für die Kameradenhilfe für die Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Verband für Frauenstimmrecht

Die Generalversammlung des Frauenstimmrechtsverbandes, die kürzlich in Olten durchgeführt wurde, stand im Zeichen freudiger Zuversicht. Die Präsidentin, Mme A. Choisy (Genf), konnte mehr als hundert Delegierte aus allen Teilen des Landes begrüßen. Nachdem der Verfassungsartikel in der Volksabstimmung verworfen worden ist, betrachten es die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts als ihre selbstverständliche Pflicht, sich zu den *freiwilligen Ausbildungskursen des Zivilschutzes* zu melden.

Wenn der Pöbel aller Sorten tanzt um die goldenen Kälber, halte fest, du hast vom Leben doch am Ende nur dich selber!

Theodor Storm

LITERATUR

Taschenbuch für schweizerische Wehrmänner

Es bleibt erstaunlich, wie das Vielgestaltige und in Neuorganisation Begriffene des schweizerischen Wehrwesens in ein umfassendes Nachschlagewerk auf 200 Seiten in Postkartenformat untergebracht werden kann. Nach 77 Jahren des Erscheinens des «Taschenkalenders» ist das nun im «Taschenbuch», wie die neue Bezeichnung lautet, wieder in handlicher Form und schmucker Ausstattung, auf April 1957 nachgeführt, ausgezeichnet gelungen. Dieses Handbuch ist sowohl für Wehrmänner wie für die am Zivilschutz als unerlässlichen Teil der Landesverteidigung Interessierten unentbehrlich und kann daher nicht genug empfohlen werden. (Verlag Huber & Co., Frauenfeld, Fr. 4.60.)

Bevölkerungsschutz



in Deutschland

Auch noch kein Gesetz — aber über eine Million Freiwillige!

Im Bonner Bundestag kam am 8. Mai 1957 erneut ein sozialdemokratischer Antrag auf Bewilligung von 1 Milliarde DM für Zwecke des zivilen Luftschutzes zur Sprache. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, nachdem u. a. Innenminister Schröder bemerkenswerte Feststellungen gemacht hatte, die wir nachstehend auszugsweise registrieren:

Das Luftschutzprogramm der Bundesregierung war zunächst ein Dreijahres-Programm in Beträgen von 1,2 Milliarden DM, die sich nach gewissen Veränderungen auf 1,8 Milliarden DM belaufen. Es wurde «vorbereitend schon eine ganze Menge getan, auch ohne die gesetzliche Grundlage, auf die wir allerdings noch warten». Mit Unterstützung des Bundes sind über eine Million freiwilliger Helfer für die Aufgaben des zivilen Bevölkerungsschutzes ausgebildet worden. «Das ist wesentlich mehr, als wir bisher an Soldaten auch nur von ferne zu sehen bekommen haben.»

In der Parlamentssitzung vom 10. Mai 1957 antwortete Verteidigungsminister Strauss auf eine Anfrage der SPD-Fraktion u. a.:

Die Bundesregierung hat auch gegen die Auswirkungen der Atomwaffen

im Verteidigungsfall Schutzmassnahmen geplant, mit deren Durchführung bereits begonnen ist. Dazu gehören u. a. das vorläufige Luftschutzprogramm der Bundesregierung vom 11. Juli 1955, die Einbringung des Ersten Gesetzes zum Schutz der Zivilbevölkerung und die Inangriffnahme nachstehender praktischer Massnahmen: die Schaffung des Bundesluftschutzverbandes als der wichtigsten Selbstschutz- und Aufklärungsorganisation mit zurzeit 35 000 Helfern, die Vorbereitung des Luftschutzwarndienstes, von dem ein Musterwarnamt bereits arbeitet, die Entwicklung und Beschaffung des modernsten Gerätes für den vorgesehenen Luftschutzhilfsdienst, die Bevorratung mit Arzneimitteln, insbesondere die Ausbildung von mehr als einer Million Helfern durch das Deutsche Rote

Kreuz, den Arbeiter-Samariterbund, den Johanniter- und den Malteser-Orden.

Alle Planungen und Massnahmen der Bundesregierung beruhen auf sorgfältiger wissenschaftlicher und technischer Vorbereitung. *Drei Unterzeichnete der sogenannten Göttinger Erklärung*, nämlich die Professoren Haxel, Maier-Leibnitz und Riezler, haben inzwischen ausdrücklich folgendes bestätigt:

«Wir halten die Pläne der Bundesregierung, die die Einrichtung eines schnellen und sicheren Warnsystems, den Bau von Schutzräumen, die Aufstellung eines Luftschutzhilfsdienstes, die Anlegung von Arzneimittelvorräten und im Falle der Gefahr gewisse Evakuierungsmassnahmen vorsehen, für zweckmässig.»

Die Bundesregierung spricht die dringende Bitte aus, dass der Bundestag in den nächsten Wochen und noch vor seiner Auflösung das in den Ausschüssen durchberatene Erste Gesetz zum Schutze der Zivilbevölkerung, in dem sie ein Kernstück ihrer Massnahmen erblickt, verabschiedet.

Die Bundesregierung fasst ihre Auffassung zusammen: Zum Schutz der Bevölkerung sind, unter Berücksichtigung des neuesten Standes der Technik, wirksame Massnahmen geplant. Ihre Durchführung hat bereits begonnen und wird nach Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz der Zivilbevölkerung in verstärktem Masse fortgesetzt werden. Zugleich mit dem Aufbau der Bundeswehr dienen auch diese Schutzmassnahmen der Sicherheit des einzelnen und der Abwehrbereitschaft des Staates. Auch sie sind ein Beitrag zur *Verhinderung des Krieges*.

Von der Wehr- zur Verteidigungspflicht?

In der Bundestagssitzung vom 22. Mai 1957 erklärte der Abgeordnete Dr. Mende, «dass es nicht mehr zeitgemäss ist, mit den alten Vorstellungen der Wehrpflicht zu operieren, dass man sie ausweiten muss zu einer allgemeinen Verteidigungspflicht, die den Staatsbürger, sei es in Zivil oder in Uniform, dazu anhält, gewisse Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung zu übernehmen».

Westdeutschland. In einer Denkschrift an die Bundesregierung vertreten Industriesachverständige die Auffassung, dass der *Aufbau eines Industrieluftschutzes* in der deutschen Bundesrepublik ungefähr 18 Milliarden DM kosten wird. Es wird hervorgehoben, dass dieser Betrag nicht allein von der Industrie aufgebracht werden könne, dass vielmehr vom Staate neben steuerlicher Absetzbarkeit auch öffentliche Mittel für Luftschutzbauten der Industrie zur Verfügung gestellt werden müssten. Weiterhin werden starke Bedenken gegenüber der Bestimmung geäußert, dass Industriebauten in Zukunft nur an Standorten zu errichten sind, die den «von der Bundesregierung aufzustellenden Grundsätzen über die Berücksichtigung des Luftschutzes» entsprechen. Industriekreise vertreten die Auffassung, dass dadurch die Wirtschaft in ihrer Entwicklungsmöglichkeit stark gehemmt werde. (LSB)

Ostdeutschland. Das SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» veröffentlichte eine Leserzuschrift, in der Massnahmen für den zivilen Luftschutz in der Sowjetzone gefordert wurden. Derartige Luftschutzvorkehrungen, so heisst es, sollten sinnvoll mit den vielen Aufgaben des friedlichen Aufbaues verbunden werden. Diese Meldung lässt den Schluss zu, dass die Regierungsstellen der Ostzone demnächst mit einem Luftschutzprogramm hervortreten werden, da der Luftschutz von den breiten Massen «gefordert» werde. (LSB)



Eisenhower an Peterson

USA-Präsident Eisenhower hat dem amerikanischen Zivilverteidigungschef Peterson in einem kürzlichen Brief u. a. folgendes erklärt:

Im Falle eines gegen uns gerichteten Angriffs würde die Zivilverteidigung unverzüglich eine unserer unmittelbarsten Reaktionen, die von der gebieterischsten Notwendigkeit für das Ueberleben der Nation sind... Wir sehen klar, dass die Zerstörungsmöglichkeiten unserer möglichen Feinde die Massnahmen der nicht-militärischen Verteidigung übertreffen, welche seit dem vor sechs Jahren erlassenen Gesetz über die Zivilverteidigung verwirklicht worden sind... Ich bitte Sie, in Zukunft an den Kabinettsitzungen teilzunehmen, um darüber zu wachen, dass unser Zivilverteidigungs-Programm vollständig in unsere nationalen Vorbereitungen eingebaut wird.

Diese Erklärungen weisen unseres Erachtens den Weg zur Verwirklichung einer grundlegenden Forderung des Zivilschutzes, die sich auch bei uns aufdrängt.

Luftschutztruppen in Oesterreich

Wie die Zeitschrift «Zivilschutz in Oesterreich» aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung erfährt, ist die erste militärische Luftschutzseinheit in Oesterreich in Aufstellung begriffen.

Die Menschheit von heute gleicht einer Affenherde, die eine verirrte Granate entdeckt hat und sich nun voller Interesse eifrig daran macht, sie auseinanderzunehmen.

Charles-Noel Martin

in: «Hat die Stunde H geschlagen?», Berlin 1955, S. 119.

HERAUSGEBER

Schweizerischer Bund für Zivilschutz
Taubenstrasse 8, Bern

(Jahresabonnement für Nichtmitglieder Fr. 5.—)

Druck: Vogt-Schild AG, Solothurn

Nachdruck der redaktionellen Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Beiträge für die nächste Nummer zuhanden der
Redaktion: Postfach Bern 7
bis Mitte August 1957 erbeten.

Zivilschutz ja oder nein?



Der Optimist



«Was gedenkt die Regierung zu tun? ...»



Späte Reue

Am Rande notiert:

Bei Ausschreitungen gegen die amerikanische Botschaft auf Formosa konnten sich die Hausinsassen in den Luftschutzkeller retten.